

**Gegenüberstellung Diakonieforderungen und Landtagswahlprogramm der Parteien  
 GRÜNE, CDU, SPD und FDP**

**Teilhabe und BTHG**

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll für Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe bringen. Seine Umsetzung in Baden-Württemberg kommt aber nur langsam voran.

<b>Position DWW</b>	<b>1. Sicherheit für Einrichtungen und Dienste</b>  Das BTHG ist Chance und Herausforderung zugleich. Um sie zu meistern, müssen Leistungsträger, Leistungserbringer und die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung Hand in Hand arbeiten. Ein partnerschaftlich ausgehandelter und gemeinsam formulierter Rahmenvertrag ist die beste und erfolgversprechendste Basis dafür. Der nun gültige Rahmenvertrag hat noch große Lücken. Diese müssen durch Verhandlung geschlossen werden. Dieser Aushandlungsprozess droht aber immer wieder an der prospektiven Finanzierung der dort festzulegenden Leistungen zu scheitern. Das darf das Land nicht zulassen. Angebote bzw. Angebotsentwicklungen dürfen nicht durch Sparvorgaben der Leistungsträger behindert werden. Dadurch wird das alte System im neuen verfestigt.
<b>GRÜNE</b>	Die GRÜNEN setzen sich für die ambitionierte Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ein. Grundlage dafür ist eine konsequente Personenzentrierung. Ihr Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Zur Prüfung der Umsetzung einheitlicher Standards setzen sie auf ein kontinuierliches Monitoring. Um die komplizierten Regelwerke des BTHG verständlicher machen zu können, wollen sie ein Schulungs- und Vernetzungsprogramm des Landes aufsetzen.
<b>CDU</b>	Die CDU will ein „modernes personenzentriertes Teilhaberecht“ für Menschen mit Behinderung angehen.
<b>SPD</b>	Die Sozialdemokrat:innen fordern eine gute Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Dem neuen Leistungsrecht solle die Umsetzung in der Praxis etwa beim Wohnen folgen müssen.
<b>FDP</b>	

<b>Position DWW</b>	<b>2. Teilhabe durch Wohnraum</b>  Das BTHG fordert die Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen. Menschen mit Behinderung sollen nicht mehr in einem Wohnheim leben müssen, nur weil geeignete und bezahlbare Wohnformen fehlen. Menschen mit Behinderung in unseren Einrichtungen und Angeboten sind durch das BTHG Empfänger von Grundsicherung oder Sozialhilfe geworden. Auch das ist Teil von Normalität. Dennoch haben es Menschen mit Behinderung ungleich schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden, insbesondere, wenn er barrierefrei sein muss. Um schnell mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss die Obergrenze der erstattbaren Mieten in der Sozialhilfe um 50 Prozent erhöht werden.
<b>GRÜNE</b>	Die GRÜNEN wollen barrierefreie Wohnungen bereitstellen. Der Ausbau von Fördermöglichkeiten für barrierefreies Wohnen im Land ist ihnen besonders wichtig, da sie dort besonderen Handlungsbedarf sehen.

<b>CDU</b>	Die CDU will einen Fokus unter anderem auf das selbstbestimmte Wohnen für Menschen mit Behinderung legen.
<b>SPD</b>	k.A.
<b>FDP</b>	k.A.

<b>Position DWW</b>	<b>3. Teilhabe und Chancengleichheit</b>  Das BTHG ist eine Chance, die gesellschaftliche, soziale und berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Aufgabe des Landes ist es, einen geeigneten Leistungsträger zu benennen und in der Umsetzung des BTHG landesweit für vergleichbare Verhältnisse zu sorgen. Wir rufen das Land auf, durch den gesetzlich festgelegten Sicherstellungsauftrag mehr Verantwortung zu übernehmen. Es muss umgehend eine mit steuernden Kompetenzen ausgestattete Arbeitsgemeinschaft einrichten.
<b>GRÜNE</b>	k.A. /Zur Prüfung der Umsetzung einheitlicher Standards setzen die GRÜNEN auf ein kontinuierliches Monitoring. Um die komplizierten Regelwerke des BTHG verständlicher machen zu können, wollen sie ein Schulungs- und Vernetzungsprogramm des Landes aufsetzen.
<b>CDU</b>	k.A.
<b>SPD</b>	
<b>FDP</b>	k.A.

<b>Position DWW</b>	<b>4. Hilfe und Hilfebedarf</b>  Die genaue Erfassung von Hilfebedarfen ist aufwändig. Aber sie bietet die Chance, am Menschen orientierte und bedarfsgerechte Angebote zu finden. Die Abfrage der Teilhabebeeinträchtigungen nach verschiedenen Lebensbereichen, die international klassifiziert sind, führt weg von der rein subjektiven Beurteilung durch Leistungserbringer und Leistungsträger. Das Bedarfsermittlungs-Instrument in Baden-Württemberg bietet die Möglichkeit, dass in einem dialogorientierten Verfahren erfasst wird, welche Leistungen erforderlich sind, um die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Wir fordern das Land auf, die Hoheit über das Instrument in der eigenen Verantwortung zu halten, über den Beirat dessen Weiterentwicklung zu begleiten und die personenzentrierte Bedarfsermittlung und Leistungsgewährung sicherzustellen.
<b>GRÜNE</b>	Die GRÜNEN setzen sich für die ambitionierte Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ein. Grundlage dafür ist eine konsequente Personenzentrierung. Ihr Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Zur Prüfung der Umsetzung einheitlicher Standards setzen sie auf ein kontinuierliches Monitoring
<b>CDU</b>	
<b>SPD</b>	Die SPD fordert eine gute Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und einen Ausgleich für die damit verbundenen Mehrausgaben der Kommunen. Dem neuen Leistungsrecht müsse die Umsetzung in der Praxis etwa beim Wohnen folgen.
<b>FDP</b>	Die FDP will die Verordnung über Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen großzügiger gestalten und die Einbeziehung professioneller Unterstützungsleistungen prüfen.

<b>Darüber</b>	
----------------	--

<b>hinaus</b>	
<b>GRÜNE</b>	<p>Die GRÜNEN verfolgen das Ziel, dass Menschen mit Behinderung gesellschaftlich teilhaben und selbst Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können.</p> <p>Sie machen sich stark für den Erhalt und Ausbau der Demokratieentwicklung bzw. die Partizipation junger Menschen: Wahlrecht ab 16 Jahren und Stärkung bzw. Erhalt der Servicestelle für Partizipation</p> <p>Sie wollen die Fördermittel des Landes für Beteiligungsformate auch unter dem Aspekt der Inklusion prüfen.</p> <p>Außerdem setzen sie auf die Einrichtung eines Partizipationsfonds, um die Beteiligung von Gruppen mit Beteiligungshemmnissen zu verbessern.</p> <p>Grundsätzlich ist ihnen eine inklusive Arbeitswelt wichtig. Geleitet werden ihre Bemühungen von einem ganzheitlichen Inklusionsgedanken.</p> <p>Konkret wollen die GRÜNEN Landesmittel bereit stellen, um Menschen mit Behinderung beim Übergang aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Gemeinsam mit den Werkstattanbietern wollen sie so Übergangsquoten deutlich erhöhen und dafür finanzielle Anreize schaffen.</p>
<b>CDU</b>	<p>Die CDU will die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dafür wollen sie ein „modernes“ personenzentriertes Teilhaberecht für Menschen mit Behinderung angehen.</p> <p>Auch in der kommenden Legislaturperiode wollen sie den Fokus auf ein barrierefreies Gemeinwesen, auf das selbstbestimmte Wohnen und auf die Teilhabe am Arbeitsleben legen.</p> <p>Zusätzlich wollen sie den Fonds für Gebärdendolmetscher aufstocken, damit eine Teilhabe der Betroffenen auch bei Elternabenden oder kulturellen Veranstaltungen möglich ist. Darüber hinaus will die CDU für digitale Barrierefreiheit in den Bereichen Schule, Bildung, Tourismus und Sport sorgen.</p> <p>Die CDU setzt auf ein Wahlrecht für Eltern behinderter Kinder zwischen dem Besuch einer allgemeinen Schule und einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum.</p> <p>In der frühkindlichen Bildung will sie die Träger dabei unterstützen, Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot zu machen.</p>
<b>SPD</b>	<p>Die SPD will den Unterricht für Kinder mit Behinderungen weiter ausbauen.</p> <p>Sie fordern den weiteren Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Raum. Die Chancen von Menschen mit Behinderung in Ausbildung, Beruf und Beteiligung will die SPD stärken. So will sie sich auch dafür einsetzen, dass die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung vollständig umgesetzt wird.</p> <p>Das Budget für Arbeit will die SPD attraktiver gestalten und gemeinsam mit den Integrationsämtern und den Agenturen für Arbeit weiterentwickeln. So sollen Betriebe und Beschäftigte umfassend begleitet und unterstützt</p>

	<p>werden, um mehr Menschen mit wesentlichen Behinderungen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.</p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Die FDP will am Konzept der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit ihren hochwertigen und spezialisierten Angeboten festhalten und bei den Eltern, die letztlich über den Bildungsweg ihrer Kinder entscheiden, für diese Angebote werben.</p> <p>Sie möchte weitere Außenklassen der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren an allgemeinbildenden Schulen einrichten und die Kooperation fördern.</p> <p>Konkret möchte die FDP in Fällen der Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung eine fachliche Betreuung der betreffenden allgemeinbildenden Schulen durch die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren vorsehen.</p> <p>Wichtig ist der FDP dafür zu sorgen, dass körperliche Behinderungen nach Möglichkeit nicht zu Einschränkungen bei der Teilnahme am regulären Unterricht führen. Dazu gehört, dass Schulgebäude barrierefrei ausgebaut sowie die Digitalisierung vorangetrieben und im Unterricht genutzt werden.</p> <p>Zusätzlich setzt die FDP auf die Schaffung von dringend benötigten zusätzlichen Studienplätzen für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit sonderpädagogischem Profil.</p> <p>Angehörige behinderter Menschen möchte die FDP verlässliche Begleitung und Entlastung, z.B. durch Betreuungsangebote bieten.</p> <p>Für die FDP geht das Thema Inklusion weit über das Thema Menschen mit Behinderungen hinaus. Sie will sich dafür einsetzen, dass zunehmend auch Kinder mit Behinderungen und ihre Familienangehörigen stärkeres Interesse von Politik und Verwaltung finden.</p> <p>Konkret will die FDP die Einrichtungen der Kurzzeitpflege für Menschen jeden Alters mit Behinderungen erweitern, um die betreuenden Familienangehörigen zu entlasten und im Krisenfall zu ersetzen.</p> <p>Die FDP hat sich zum Ziel gesetzt,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• bei der Barrierefreiheit neben den Belangen mobilitätseingeschränkter Menschen auch die Belange sensorisch eingeschränkter Menschen stärker zu berücksichtigen.</li> <li>• Schulkindergärten, die Kinder mit Behinderungen auf die Schule vorbereiten, auch dann bedarfsgerecht zu fördern, wenn sie in freier Trägerschaft betrieben werden.</li> <li>• Anforderungen, die die Denkmalschutzämter stellen, und Anforderungen, die sich aus dem Prinzip der Barrierefreiheit ergeben, zu harmonisieren.</li> <li>• die Verordnung über Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen großzügiger zu gestalten und die Einbeziehung professioneller Unterstützungsleistungen zu prüfen.</li> <li>• bei öffentlichen Neubauten die Barrierefreiheit von Anfang an mitzudenken und weiterhin darauf hinzuwirken, dass öffentliche Bestandsobjekte barrierefrei um- und ausgebaut werden.</li> </ul>

